



Brüssel, den 2. März 2023
(OR. en)

6686/2/23
REV 2

SOC 134
EMPL 92
ECOFIN 174
MIGR 72
RELEX 248
COH 24
COHOM 54
ANTIDISCRIM 19
JAI 194
FREMP 48

VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates
Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

Betr.: Ein Jahr nach Beginn des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine:
Beschäftigungssituation und soziale Lage in der EU mit Schwerpunkt auf
der Arbeitsmarktsituation vorübergehend aus der Ukraine Vertriebener
– *Gedankenaustausch*

Die Delegationen erhalten anbei einen Orientierungsvermerk des Vorsitzes zum oben genannten Thema im Hinblick auf die Aussprache auf der Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) am 13. März 2023.

**Ein Jahr nach Beginn des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine:
Beschäftigungssituation und soziale Lage in der EU mit Schwerpunkt auf der
Arbeitsmarktsituation vorübergehend aus der Ukraine Vertriebener – *Gedankenaustausch***

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, der nun in das zweite Jahr geht, hat beinahe vier Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer gezwungen, vorübergehenden Schutz in der EU zu beantragen¹. Weitere fünf Millionen Menschen sind Binnenvertriebene in der Ukraine. Die Mitgliedstaaten begegnen den vorübergehend aus der Ukraine Vertriebenen mit beispielloser Solidarität, obwohl es insbesondere für die Mitgliedstaaten an der Grenze zur Ukraine und jene, die die meisten Menschen aus der Ukraine aufgenommen haben, mit großen Herausforderungen verbunden ist, den Vertriebenen Mittel für ihren Lebensunterhalt sowie erschwingliche und dauerhafte Unterkünfte bereitzustellen und ihnen Zugang zu Kinderbetreuung, Bildung und Gesundheitsversorgung und zum Arbeitsmarkt zu gewähren.

Durch die Einigung über den Einsatz von Kohäsionsmitteln zugunsten von Flüchtlingen in Europa (CARE) und über die Änderung der Fonds für den Bereich Inneres war es möglich, ohne größere Verzögerungen Mittel bereitzustellen; außerdem wurden die Mitgliedstaaten und Regionen dadurch in die Lage versetzt, Soforthilfe für die Menschen zu leisten, die vor der Invasion Russlands in der Ukraine fliehen. Darüber hinaus werden derzeit Programme im Rahmen des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) für den Zeitraum 2021-2027 eingeleitet, aus denen Projekte in den Bereichen Beschäftigung, Bildung, soziale Inklusion, Ernährungshilfe und Grundversorgung finanziert werden. Die stark steigenden Energiepreise, die hohen Inflationsraten und die gestiegenen Lebenshaltungskosten haben jedoch zusätzlichen Druck verursacht, der sich auf die Fähigkeit der Aufnahmemitgliedstaaten, den vorübergehend aus der Ukraine Vertriebenen angemessene Hilfe zu leisten, auswirkt.

¹ Quelle: Eurostat.

Seit dem 4. März 2022² gewährt die Union vorübergehenden Schutz für Vertriebene, indem unter anderem Aufenthaltsrechte, Zugang zu Wohnraum, soziale und medizinische Unterstützung, Zugang zu Bildung für Kinder, das Recht auf gesetzliche Vormundschaft für unbegleitete Minderjährige und das Recht auf Mittel zur Bestreitung des Lebensunterhalts gewährt werden³. Die Begünstigten der Richtlinie über vorübergehenden Schutz⁴ haben automatisch Anspruch auf Zugang zum Arbeitsmarkt. Ein Jahr nach Beginn der russischen Aggression beginnen zahlreiche der vorübergehend aus der Ukraine Vertriebenen, sich in den Aufnahmemitgliedstaaten ein neues Leben aufzubauen. Ein Arbeitsplatz fungiert als Katalysator für die rasche Integration dieser Menschen in die Gesellschaft und ermöglicht ihnen finanzielle Unabhängigkeit. Jüngsten Schätzungen zufolge gehen etwa eine Million vorübergehend aus der Ukraine Vertriebene in der EU einer Erwerbstätigkeit nach. Die meisten öffentlichen Arbeitsverwaltungen in der EU haben ihre Dienste angepasst, um auf die spezifischen Bedürfnisse der Vertriebenen aus der Ukraine einzugehen, indem sie Online-Informationen in ukrainischer Sprache, bedarfsgerechte Unterstützung durch spezielle Berater mit Ukrainisch-Kenntnissen oder Dolmetschleistungen bereitgestellt haben. Sprachkurse werden als besonders wichtig hervorgehoben⁵.

Die Sicherung von Beschäftigung im Aufnahmemitgliedstaat kann jedoch problematisch sein, insbesondere aufgrund von Hindernissen beim Eintritt in den Arbeitsmarkt, wie Sprachbarrieren, die Anerkennung von Qualifikationen, ein unzureichender Zugang zu frühkindlicher Betreuung für Eltern und insbesondere für Frauen sowie die negativen Auswirkungen von Kriegstraumata. Für Angehörige von Gruppen in prekärer Lage, beispielsweise Menschen mit Behinderungen oder Alleinerziehende, ist die Situation besonders schwierig. Die Mitgliedstaaten haben zahlreiche Maßnahmen durchgeführt, um Beschäftigungshindernisse auszuräumen; viele dieser Maßnahmen zielen darauf ab, den Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Aus- und Weiterbildung oder Umschulung zu ermöglichen, indem spezielle öffentliche Dienste eingerichtet werden und vermehrt Kinderbetreuung ab dem frühesten Alter bereitgestellt wird.

² Durchführungsbeschluss (EU) 2022/382 des Rates vom 4. März 2022 zur Feststellung des Bestehens eines Massenzustroms von Vertriebenen aus der Ukraine im Sinne des Artikels 5 der Richtlinie 2001/55/EG und zur Einführung eines vorübergehenden Schutzes.

³ Die Kommission wird voraussichtlich einen Bericht über das erste Jahr der Umsetzung der Richtlinie über vorübergehenden Schutz vorlegen.

⁴ Richtlinie 2001/55/EG des Rates vom 20. Juli 2001 über Mindestnormen für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen und Maßnahmen zur Förderung einer ausgewogenen Verteilung der Belastungen, die mit der Aufnahme dieser Personen und den Folgen dieser Aufnahme verbunden sind, auf die Mitgliedstaaten (<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32001L0055&from=DE>)

⁵ Weitere Informationen nach einer Erhebung des Netzwerks der öffentlichen Arbeitsverwaltungen abrufbar unter [Public Employment Services support to persons displaced from Ukraine: latest developments - Employment, Social Affairs & Inclusion - European Commission \(europa.eu\)](#). Gemäß den von den öffentlichen Arbeitsverwaltungen gemeldeten Zahlen gehen rund **1 098 000 Personen**, die aus der Ukraine vertrieben wurden, in diesen Ländern einer Beschäftigung nach.

Auch auf EU-Ebene wurden zahlreiche Maßnahmen ergriffen. Die Kommission hat am 5. April 2022 eine Empfehlung zur Anerkennung der Qualifikationen von Menschen, die vor der Invasion Russlands in der Ukraine fliehen, angenommen, die den Mitgliedstaaten eine Orientierungshilfe und praktische Ratschläge im Hinblick auf ein schnelles, faires und flexibles Anerkennungsverfahren bietet. Die Kommission hat am 14. Juni 2022 die Mitteilung „Leitlinien betreffend den Zugang von Menschen, die vor dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine geflohen sind, zum Arbeitsmarkt, zur beruflichen Bildung und zur Erwachsenenbildung“ mit dem Ziel veröffentlicht, die Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Unterstützung der in der EU Ankommenden zu steuern. Am 15. Februar 2023 veröffentlichte die Kommission einen Bericht, in dem ein Vergleich des ukrainischen und des Europäischen Qualifikationsrahmens vorgenommen wird, um so auf ein besseres Verständnis von Qualifikationen und eine bessere Anerkennung hinzuwirken.

Die Pilotinitiative für den EU-Talentpool „*EU Talent Pool Pilot*“, ein Online-Instrument, das auch in ukrainischer Sprache verfügbar ist, ermöglicht es allen Personen, die unter die Richtlinie über vorübergehenden Schutz fallen, ihre Profile für die auf dem EURES-Portal registrierten Arbeitgeber in der EU sichtbar zu machen. Ergänzend hierzu liefert das EU-Instrument zur Erstellung von Kompetenzprofilen für Drittstaatsangehörige wichtige Informationen über den Zugang zu Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten, die Suche nach einem Arbeitsplatz sowie die Anerkennung von Zeugnissen und Qualifikationen in den einzelnen Mitgliedstaaten.

Vor diesem Hintergrund werden die Ministerinnen und Minister ersucht, sich in ihren Beiträgen vor allem mit folgenden Fragen zu befassen:

1. *Wie wirkt sich der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine neben den steigenden Inflationsraten und Energiepreisen auf die Beschäftigungssituation und die soziale Lage in ihrem Land aus?*
2. *Wie ist die Arbeitsmarktsituation der vorübergehend aus der Ukraine Vertriebenen, und wie wirkt sie sich auf die Integration dieser Menschen in die Gesellschaft aus?*
3. *Welche Maßnahmen werden in Ihrem Land ergriffen, um die Integration dieser Menschen in den Arbeitsmarkt zu erleichtern? Welche weiteren Maßnahmen sollen in dieser Hinsicht ergriffen werden?*